

Der Wert-Arbeiter

Vereinzelte seid Ihr Nichts.
Vereinigtes Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 107A.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5388.

Generalversammlung.

Der Vorstand hat Antragsungen einiger Mitgliedschaften folgenden Beschlusses beschlossen:

1. Der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes wird das 1. Quartal 1919 zugrunde gelegt.
 2. Die Wahl der Delegierten wird um drei Wochen hinausgeschoben und findet demzufolge am 22. Juni statt.
- Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress wird durch diese Bekanntmachung nicht berührt und findet bestimmt am 1. Juni statt. — Näheres in nächster Nummer. Der Vorstand.

Gewerkschaften und Arbeiterräte.

Die Arbeiterräte sind eine Errungenschaft der Revolution, bestimmt, die anderen Errungenschaften derselben zu schützen. Darin hat man ihren Zweck in Rußland gesehen und man sieht ihn überall darin, wo, nach Rußland, Arbeiterräte gebildet werden. Vor der Revolution hat niemand eine Forderung nach Arbeiterräten erhoben, weder in Rußland noch sonstwo. Nach der Revolution sucht man aber überall den Arbeiterräten Geltung zu verschaffen. Das zeigt deutlich den revolutionären Charakter der Arbeiterräte. Daß man sie überall mehr oder weniger als treffliche Organe für die Förderung oder gar Erzwingung der Sozialisierung ansieht, zeigt auch ihre soziale Bedeutung auf. So stellen sich die Arbeiterräte dar als revolutionär-sozialistische Mittel, aus der Revolution geboren und bestimmt, die politische Revolution überall durch die wirtschaftliche in der Richtung des Sozialismus zu ergänzen, wo die Revolution nicht gleichzeitig eine politische und eine wirtschaftliche war. Die Arbeiterräte, selbst nur Gebilde der Revolution, sollen also gleichzeitig die Revolutionserrungenschaften sichern und womöglich da, wo nötig, noch vermehren. Kinder der Revolution, sollen sie auch gleich als Beschützer ihrer revolutionären Schwestererrungenschaften und auch noch als Erzeuger künftiger revolutionärer Ereignisse bereitstehen. Von Kindern der Revolution kann man schon etwas Außerordentliches verlangen. Sie werden ihre großen Aufgaben auch gewiß lösen.

Doch wären diese Aufgaben nicht auch von anderen — schon vor der Revolution vorhanden gewesen — Einrichtungen zu lösen gewesen? — Wir glauben doch. Wir glauben auch, wenn man in Rußland bei der Revolution die proletarischen Organisationen politischer und wirtschaftlicher Art gehabt hätte, die wir hatten, man wäre dort gar nicht auf den Gedanken verfallen, Räte zu bilden, sondern hätte diesen Organisationen die politischen und die wirtschaftlichen Aufgaben, voneinander getrennt, zugewiesen. Und wären diesen Organisationen dort diese Aufgaben zugewiesen worden, so hätte man nachmalig in Deutschland genau so gehandelt. Dann würden vielleicht Leute, welche hier ein Räteystem propagieren wollten, als Laue und Revolutionsverräter erachtet worden. Es läßt sich nicht ernstlich in Abrede stellen, daß unsere altbewährten Organisationen die Aufgaben der Räte ebenso gut erfüllt hätten, wie diese sie erfüllen und wohl auch in Zukunft noch erfüllen werden. Doch da die Räte in Rußland von der Revolution an eine Rolle spielten und unsere Revolution der russischen erst folgte, so sehen in Deutschland manche revolutionären Kreise in der Befolgung des russischen Beispiels das sicherste Mittel zur Wahrung der revolutionären Errungenschaften und zu deren Erweiterung. Und das um so mehr, als sie mit der Schaffung einer neuen Organisation sowohl mit dem Alten rückwärtslos gebrochen, wie dem Neuen entschieden die Wege zur weiteren Entwicklung gewiesen zu haben glauben. Weil die Arbeiterräte in der ersten neuzeitlichen Revolution eine so wichtige Rolle spielten, verbindet man nun allgemein mit ihrem Namen den Begriff des unverfälschten und unentwegt revolutionären und den völligen Bruch mit dem Alten und durch die Revolution Ueberwundenen. Mancher mag dabei auch schon an die alten bewährten Organisationen als an etwas Ueberwundenes gedacht haben. Und mancher mag daraus gefolgert haben, im Arbeiterrat könnten auch Leute eine Rolle spielen, die sich nicht allein durch besonders revolutionäre Gesinnung, sondern auch durch Gleichgültigkeit gegenüber den alten Organisationen auszeichnen und dadurch wohl um so mehr Gewähr bieten für restlose und rückwärtslose Erfüllung der ihnen durch die revolutionären Ereignisse überwiesenen Aufgaben. Dazu kommt, daß viele wußten, sie könnten als Beauftragte der Organisation entweder gar keine, oder nur eine untergeordnete Rolle spielen, dagegen in einem von der Organisation völlig unabhängigen Arbeiterrat die erste Geige. Nimmt man noch dazu die materiellen Interessen, die für manchen mit seiner Eigenschaft als Arbeiterratsmitglied verknüpft sind, so kann man sich leicht die seit der Revolution zutagegetretene Vorliebe für die Arbeiterräte mit ihrer großen Macht, fülle erklären, die ihnen entweder von ihren Auftraggebern zugesprochen wurde oder die sie sich selbst ausbrachen. Vielfach mag man sich das Räteystem auch als ein Mittel gedacht haben, die Sozialisierung beschleunigen zu können. Und für die Zeit nach erfolgter Sozialisierung mag man auch die alten Organisationen für überflüssig gehalten haben. Dann wäre der Arbeiterrat als die einfachste und vermeintlich auch genügend wirksame Vertretung der Arbeiter anzusehen.

Sind unsere Annahmen richtig, so hat viel Irrtum bei der Schaffung der Arbeiterräte obgewaltet. Die, welche solchem Irrtum verfallen waren, werden aber längst von ihm befreit sein. Nichtsdestoweniger werden sie an dem Räteystem festhalten, wenn sie glauben, die proletarischen Interessen könnten durch eine die Arbeiter vertretende Räteorganisation besser gewahrt werden als durch die Vollorganisation der proletarischen Massen selbst. Wir sind anderer Ansicht. Wir sind keine Anhänger irgendeiner Diktatur, auch nicht der proletarischen. Doch wären wir es, wir würden eine Diktatur der organisierten Massen der Proletarier für wirksamer halten als eine weniger zahlreiche Vertretung der gesamten Proletariermasse, die doch noch in ihrer erdrückenden Mehrheit unorganisiert ist, politisch wie wirtschaftlich. Wir legen mehr Wert auf die Qualität der Vertretenen als auf ihre Quantität, mehr Wert auf die Güte denn auf die Menge der Vertretenen. Und die den Massenorganisationen entnommenen Vertreter würden uns auch mehr zusagen als die nur dem schwankenden Massenwillen Entstiegenen, der oftmals von Leuten ausgeht, die sich bis zur Revolution als Gegner der proletarischen Massenbewegung betätigt haben. Wir haben aber doch immerhin soviel Achtung vor dem Massenwillen, daß wir ihm das durch die Revolution eroberte Räteystem nicht streitig machen wollen. Zwar sind wir der Meinung, auch ohne Räte würde das Proletariat nicht vergessen, daß es die Revolution nicht nur als politische, sondern auch als wirtschaftliche Umwälzung auswerten muß, wenn es nicht um einen wichtigen, vielleicht den wichtigsten Erfolg gebracht werden will. Es kann aber dem proletarischen Interesse keinen Abbruch tun, sondern ihm nur nützen, wenn ihm auch die revolutionäre Errungenschaft des Räteystems erhalten bleibt, das Proletariat stets mahnend, den Gedanken, dem es seine Entstehung verdankt, reale Gestalt zu geben: den Sozialismus zu verwirklichen, wo es immer ohne Schädigung proletarischer Interessen möglich ist. Auch dem durch die Revolution zum Tode verurteilten Kapitalismus gegenüber kann es für das Proletariat nützlich sein, wenn durch den Fortbestand des Räteystems dauernd zum Ausdruck gebracht wird, daß sozial genommen, die Revolution mehr als ein Hornberger Schießen war.

Wir wollen also dem Räteystem seine Existenzberechtigung nicht abschneiden und ihm die Existenz nicht streitig machen. Wir können aber auch nicht in den Ruf einstimmen: Alle Macht den Arbeiterräten! Weder für das politische, noch für das wirtschaftliche Gebiet. Warum nicht für das politische Gebiet, können wir hier unerörtert lassen. Wir wollen aber auf die Frage eingehen, weshalb nicht für das wirtschaftliche Gebiet.

Es ist ja zwar richtig, daß in einem sozialistischen Gemeinwesen Gewerkschaften in dem heutigen Sinne weniger notwendig sein würden als sie jetzt es noch sind. Doch noch haben wir kein sozialistisches Gemeinwesen, und über Nacht läßt es sich auch nicht schaffen; es kann schnell gefördert, aber nur langsam durchgeführt werden, nur schrittweise. Und wenn die Gewerkschaften da, wo es durchgeführt sein wird, nicht mehr notwendig wären, so wären sie es doch immer noch, wo es noch nicht durchgeführt wäre. Doch auch wo es durchgeführt ist, werden die Gewerkschaften noch nützlich sein, vielleicht sogar notwendig. Die so notwendige Planmäßigkeit der Umwandlung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft kann von den Gewerkschaften erheblich gefördert werden durch wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung, und in bereits sozialisierten Betrieben werden sie auch noch wichtige Vertretungen der Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat sein können. Der Arbeiter rat wird da in gewissen Fällen für die Durchsetzung der Forderungen der von ihm vertretenen Arbeiterschaft die Macht der Gewerkschaft so wenig entbehren können und auf sie verzichten mögen, wie bisher der Arbeiter aus sich dazu in der Lage und geneigt war.

Die Gewerkschaften werden also innerhalb des sozialistischen Reiches eine große wirtschaftliche Bedeutung haben; auch sie sind berufen, gleich den Arbeiterräten die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Die Arbeiterräte werden ohne die Gewerkschaften dazu weniger imstande sein als mit ihnen, und die Gewerkschaften werden die Mitarbeit der Arbeiterräte nicht von der Hand weisen wollen. Beide Institutionen können sich in ihrem Bestreben, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nach Möglichkeit zu heben, wirksam unterstützen und haben keinen Grund, sich eifersüchtig zu befehlen. Das immanente Bestreben der Gewerkschaft ist, den Anteil vom Arbeitsertrag, den der Arbeiter in Form von Lohn erhält, so weit wie möglich zu erhöhen, ja sogar, wenn es möglich wäre, dem Arbeiter den ganzen Arbeitsertrag zu sichern, und wenn dieses letzte Ziel erreicht wäre, auch sonst noch die wirtschaftlichen Interessen des Arbeiters zu wahren. Ihre wirtschaftlichen Aufgaben sind also dieselben wie die des Arbeiterrates. Was für die Arbeiterräte mehr Ziel ist, die Sozialisierung, ist für die Gewerkschaften mehr Mittel zur Erreichung des Zieles, doch beiden Institutionen gemeinsam ist das Ziel: den Teil des Arbeitsertrages, der dem Arbeiter als Entgelt für seine Arbeitsleistung zugeführt wird, nach Möglichkeit zu steigern. Die beiden Interessenvertretungen

der Arbeiter brauchen demnach nicht gegenseitig aufeinander neidisch und eifersüchtig zu sein, brauchen sich nicht einander zu befehlen, sich aber auch nicht gegenseitig das Feld zu räumen. Die Gewerkschaften sollten sich sogar auf dem gemeinsamen Arbeitsfelde mehr ins Licht zu setzen suchen, denn sie werden am Aufbau des Neuen vielleicht erheblich mehr Anteil nehmen müssen als den Arbeiterräten zufallen dürfte. Ganz richtig schrieb der Nürnberger Buchdrucker Johannes Karnahl in einem in der Osternummer des „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ enthaltenen trefflichen Artikel „Im Wachen wollen wir lernen“:

„Der Revolutionierung leichtester Teil ist vollbracht. Zu einem guten Teile Bruchiges ist niedergedrückt. Dazu genügt eine Sturmwindstöße und die Gleichgültigkeit der Mehrheit. Jetzt kommt erst die Hauptarbeit: das Aufbauen. Die Gewerkschaftler als solche sind bisher weit über Gebühr im Schatten geblieben und im Wettlaufe fast immer von Leuten überholt worden, die am wirklich schöpferischer Arbeitsfähigkeit vielfach hinter ihnen zurückbleiben. Nun aber ist es höchste Zeit, daß die Gewerkschaften geschlossen vor die Front treten! Soll das Erreichte nicht wieder verloren gehen, dürfen die sich als Kraftmeier gebärdenden Schwachmalküsse mit ihrem Grundsatz „Freie Bahn den Un-tüchtigen!“ nicht mehr ohne schärfste Kontrolle bleiben. Gewerkschaftler sein und bleiben heißt immer noch aufbauen, organisieren und schaffen — nicht in Scherben schlagen. Jeder, der noch gewerkschaftlich und staatsbürgerlich unter uns zu denken vermag, muß aus den furchtbaren Lehren der Gegenwart die Nutzenwendung ziehen; die gewaltigen Kräfte, die in den Gewerkschaften ruhen, dürfen nicht unnütz zersplittert werden. Jede Halbheit muß unter den heutigen Verhältnissen zum Bankrott führen. Die Gewerkschaften sind die berufensten Sachwalter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und nicht die Syndikalisten, Bolschewisten, Kommunisten, Spartakisten, Anarchisten, Moskowiter und ihre Abkömmlinge. . . Und die Männer sollen weiter unsere Führer sein, die für ihre Ueberzeugung leben, nicht von ihr, und sie in dem Augenblicke wegwerfen, da sie von ihr nicht mehr leben können, in ihr keine möglichst auskömmliche Existenz mehr finden. Unsere berufenen Führer sind und bleiben diejenigen, die schon in einer Zeit mannhaft für uns eingestanden sind, als das Vertreten von Arbeiterinteressen nicht so leicht als heutzutage war! Was wir aber auch verlangen müssen, ist, daß die alten bewährten Führer mehr, als dies in den letzten Monaten geschah, in den Vordergrund treten.“

In diesen Wochen liegt zweifellos auch der neue Tag der Gewerkschaftsgeschichte. Die Grundrechte der deutschen Arbeiter dürfen wir uns von keiner Gesetzgebung, von keinem Unternehmer mehr hinwegnehmen lassen. Wilhelm Liebknecht hat schon im Jahre 1898 in Bielefeld gesagt: Wir brauchen die Gewerkschaften für die Sozialisierung, und wir müßten sie schaffen, wenn wir sie nicht hätten. Im Lichte der riesenhaften Umwälzungen erscheinen naturgemäß die gewerkschaftlichen Erfolge der letzten Wochen klein; unter einigermaßen anderen Verhältnissen hätten sie zu tiefem Nachdenken Veranlassung gegeben. Nur ein gewerkschaftlicher Sieg sei kurz gestreift, der vor einem halben Jahr noch für ganz unmöglich gehalten wurde und doch heute viel zu wenig gewürdigt wird. Ich meine die restlose Kapitulation des Unternehmertums vor der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Nichts anderes bedeutet die Vereinbarung vom 15. November 1918, durch welche die Gewerkschaften, die Angestelltenverbände und die Verbände der Arbeitgeber sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen haben. Die selben, von denen der Reichsminister Sieberts unlängst in Weimar die trefflich charakterisierenden Worte sprach: „Im übrigen ist es sehr bezeichnend, daß die Bolschewisten bei uns in Rheinland-Westfalen am stärksten, wo die Gewerkschaften am schwächsten sind, dort, wo gelbe Organisationen geherrscht haben“, sind in jenem großzügig-modernen Vertrage zum Tode verurteilt. Im Geiste sozialer Gemeinschaft soll jetzt auch auf dem Gebiete gearbeitet werden. Und zwar so ganz anders als in der Vergangenheit. Doch ist der Blick für die Bedürfnisse des so fein organisierten Wirtschaftslebens nicht verloren worden. Im Gegensatz zu denjenigen, die jetzt ganze Kräfte voll bolschewistisch-erkenntnis auslöschen und den Sozialismus als ein Ding behandeln, das über Nacht eingeführt werden muß, weil es sonst gestohlen werden könnte, haben die modernen Gewerkschaftler den Sozialismus immer nur — trotz alledem auch heute noch — als entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit aufgefaßt und dementsprechend gehandelt. Die Schwierigkeiten, die bisher entgegenstanden, sind wesentlich gemildert. Damit sind naturgemäß auch die Wege und Mittel zur Erreichung der Ziele andere geworden. Entbehren können wir aber die Gewerkschaften so wenig wie je vorher!

Nach dem Goetheschen Worte, das Karnahl an die Spitze seines Artikels gesetzt hat: „Vergebens werden ungebundene Geister nach der Vollendung reiner Höhe streben. Wer Großes will, muß sich zusammenraffen; in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister, und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.“

Die kommenden Wahlen und die Arbeiterinnen.

Am Sonntag, den 1. Juni, finden die Wahlen zu der vom 21. bis 26. Juli in Plauen abzuhaltenden ordentlichen Generalversammlung unseres Verbandes, in Verbindung mit den Wahlen zu dem vom 30. Juni bis 5. Juli in Nürnberg tagenden 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands statt. Es wird die erste ordentliche Generalversammlung unserer Organisation und der erste Gewerkschaftskongress nach dem Kriege sein. Beide Tagungen werden infolge der durch die Revolution hervorgerufenen völligen Umgestaltung des Wirtschaftslebens vor ganz neuen Aufgaben stehen; Aufgaben, an welchen die Arbeiterin wegen ihrer außerordentlichen Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Zukunft stark interessiert ist.

Zu den von der Organisation ausgeschriebenen Wahlen konnten die Arbeiterinnen schon immer ihr Wahlrecht ausüben. Bestimmt doch der § 26 unseres Verbandsstatuts, daß jedes Mitglied Wahlvorschläge machen kann, und jedes Mitglied auch wählbar ist. Seit der Generalversammlung in Leipzig (1908) haben die Textilarbeiterinnen immer weibliche Delegierte zur Generalversammlung entsandt. Zwei weibliche Mitglieder unserer Organisation haben auch am Gewerkschaftskongress in München 1914 teilgenommen. Zu allen bisherigen Generalversammlungen bildeten die weiblichen Mitglieder den kleineren Teil der Mitgliedschaft. Eine Ausnahme machte die außerordentliche Generalversammlung in Augsburg (1917), bei welcher die weibliche Mitgliedschaft mit 46 231 die männliche Mitgliedschaft (20 623) um 25 208 überragte. Damals war das Zahlenverhältnis durch den Kriegszustand gegeben. Diese 46 231 weiblichen Mitglieder waren durch 15 weibliche Delegierte in Augsburg vertreten. Die nun stattfindende Generalversammlung kann aber bei 95 373 männlichen Mitgliedern 187 054 weibliche mitern. Die weiblichen Mitglieder beherrschen also jetzt zahlenmäßig das Verbandsleben. Sie haben einen bestimmenden Einfluß auf dasselbe zu sichern, ist in ihre Hand gegeben.

Die Kandidaten zur Generalversammlung und zum Gewerkschaftskongress werden jetzt überall aufgestellt. Sache unserer Kolleginnen ist es, Vorschläge zu machen und geeignete Kolleginnen zu benennen. In der langen Zeit des Krieges haben wir überall Kolleginnen gehabt, die an hervorragender Stelle die Arbeiten unserer Organisation verantwortungsvoll geleitet haben. Der Verwaltungsrat unseres Verbandes weist eine starke Anzahl tätiger Kolleginnen auf. Aus ihren Reihen mache man die Vorschläge, berate dieselben mit den Kolleginnen und bringe die aus gemeinsamer Beratung gewählte Kollegin der Ortsverwaltung für die Kandidatenliste in Vorschlag.

Die Tagesordnung beider Veranstaltungen zeigt schon, wie wichtig die Teilnahme der Arbeiterinnen ist. Die Revolutionierung des Wirtschaftslebens kann nur unter tätiger Anteilnahme der Arbeiterinnen selbst erfolgen. Deshalb sind auch die Tagesordnungspunkte: Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte, die Sozialisierung der Industrie, die Umgestaltung der Betriebe zu konstitutionell-demokratischen Fabriken für sie Fragen von so grundlegender Bedeutung, daß die Arbeiterinnen an ihnen besonders stark interessiert sind, um so mehr, als auch den Gewerkschaften die Aufgabe obliegt, entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeiterinnen auf sozialpolitischem Gebiet, die Schutzbestimmungen für arbeitende Frauen und Mädchen fortgesetzt zu verbessern. Das gilt besonders für die arbeitenden Mütter, ganz allgemein aber für alle Arbeiterinnen. Sie alle müssen vor einer vorzeitigen Verminderung ihrer Arbeitskraft vom Eintritt in die Fabrik an bewahrt und geschützt werden. Die jungen Mädchen von heute werden die Mütter der Zukunft. Unsere durch den Krieg und seine Begleit- und Folgeerscheinungen heruntergewirtschaftete Volkskraft bedarf dringend der Auffrischung. Voraussetzung dazu sind gesunde Frauen, die gesunden Kindern das Leben geben können, und die bei entsprechend geregelter Arbeitszeit auch wieder Freude an der Mutterchaft haben werden.

Die Behandlung aller dieser Fragen im großen Rahmen einer Generalversammlung ist für die künftige Agitation und den Auf- und Ausbau unserer Organisation überaus wichtig. Wichtig auch besonders für die Arbeiterinnen, daß sie an der Beratung aller dieser Fragen und an der Beschlussfassung teilnehmen, weil ja in immer zunehmendem Maße die Agitation auch Sache der Arbeiterinnen selbst sein wird, da die Textilindustrie sich mehr und mehr zu einer Frauenindustrie entwickeln wird. Das Wahlergebnis muß so ausfallen, daß entsprechend der weiblichen Mitgliedschaft auch weibliche Delegierte auf der Generalversammlung anwesend sind. Die sinnigste Anwendung des Wahlreglements für die Generalversammlung auf den Gewerkschaftskongress wird auch für diesen die Entsendung weiblicher Delegierter ermöglichen.

Kolleginnen! Nutzt die Zeit bis zum Wahltag zur intensiven Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Aufstellung und die Wahl weiblicher Kandidaten! Sorgt dafür, daß alle wahlfähigen Kolleginnen auch am Wahltag für die angeposteten Kandidaten ihre Stimme abgeben. Jede Arbeiterin muß sich bewußt werden, daß sie der Organisation gegenüber die Pflicht hat, ihr Wahlrecht auszuüben, Jede Arbeiterin muß es aber auch als ihre persönliche Pflicht betrachten, ein Recht, welches ihr gewährleistet ist, auszuüben. Auf die Zusammenfassung der Generalversammlung und auf die Beschlüsse derselben können die Arbeiterinnen einen bestimmenden Einfluß ausüben, wenn sie am 1. Juni ihr Wahlrecht ausüben.

Deshalb fehle keine Arbeiterin am Wahltag! Sorge jede mit dafür, daß weibliche Delegierte zur Generalversammlung und zum Gewerkschaftskongress entsandt werden können! Martha Soppe.

Die zukünftige Faserverföorgung Deutschlands.

Nach Behauptungen des Kollegen Krätzig im „Konfessionär“ sind die zurzeit leitenden Kreise in der deutschen Textilindustrie dabei, die Produktion der Stapelfaser bis an die Grenze des technisch Möglichen zu steigern.

Gegenwärtig haben wir es, schreibt Krätzig, bis zu einer Jahresproduktion von 10 000 Tonnen gebracht; man glaubt die technische Möglichkeit für eine Jahresproduktion von 200 000 Tonnen zu haben. Die Stapelfaser wird zwar nicht mit Baumwolle, wohl aber mit Wolle dauernd konkurrenzfähig sein. Die Stapelfaserproduktion liegt zurzeit hoch in einem Stadium, welches uns noch Aussicht auf Verbesserung und vielleicht auch Verbilligung des Produktes verspricht, so daß man hinsichtlich dieser Spinnfaser sagen kann, ihre Aussichten für die Zukunft sind durchaus gut. Gelingt es uns in den nächsten Jahren, auch nur auf eine Jahresproduktion von 100 000 Tonnen zu kommen und können wir in Höhe dieser Tonnenziffer ausländische Faser erhalten, so erhalten wir unserer Volkswirtschaft mindestens 300 bis 400 Millionen Mark. Das ist schon von dieser Seite aus betrachtet von kolossalem volkswirtschaftlichen Wert. Aber dieser Wert ist damit durchaus nicht erschöpft. Sinsu kommt, daß mit einer Jahresproduktion von 100 000 Tonnen Stapelfaser viele Tausende von Menschen beschäftigt werden können. Das ist sehr wichtig, denn die Textilindustrie steht vor einem technischen Läuterungsprozeß der umfangreichsten Art. Das Unrationelle wird überall zur Ausscheidung kommen müssen, wenn die deutsche Textilindustrie wieder konkurrenzfähig werden will. Weitgehendste Rationierung auf allen Produktionsgebieten wird aber zur Folge haben: Erübrigung von veralteten, mehr Arbeitskräfte benötigenden Maschinen, und damit natürlich auch Erübrigung von Arbeitskräften, für die dann andere Arbeitsgelegenheit geschaffen werden muß. Und da wird die Stapelfaserproduktion sehr zweckdienlich sein.

Wir können, sagt Krätzig, damit rechnen, daß nun die Erzeugung der Stapelfaser in fortwährend steigendem Umfang vor sich gehen wird.

Die Abnahme des Produktes wird durch besondere organisatorische Maßnahmen gesichert werden können.

Dasselbe wird auch geschehen bei den anderen heimischen Spinnfasern. Es muß die heimische Flach- und Hanferzeugung sowie auch die heimische Wollschafzucht die Möglichkeit bekommen, danach zu streben, auch im Friedenszustande lebensfähig zu werden. Organisationen, bestehend aus Erzeugern bzw. Züchtern und Verarbeitern müssen unter dem Schutze geeigneter Maßnahmen darauf hinzuwirken suchen, den Ertrag pro Einheit zu steigern, um die nötige Leistungsfähigkeit zu erlangen. Was sonst noch an heimischer Spinnfaser in Betracht kommt, spielt eine nur untergeordnete Rolle, soweit die Erzeugungsmengen in Frage kommen.

Es ist die Nesselfaser mit 200 Tonnen, die Tophafaser mit 1000 Tonnen und die Torffaser mit 2000 Tonnen Jahreserzeugung. Mehr als fraglich ist es, ob es sich nun noch lohnt, für diese Fasererzeugung weitere besondere Opfer zu bringen; ausgenommen vielleicht bei der Tophafaser, scheint es doch vollkommen ausgeschlossen, die Erzeugung noch wesentlich zu steigern.

In letzter Zeit sind aber, bemerkt Krätzig, verschiedene Verluste gemacht worden, die im Kartoffelkraut befindliche Faser aufzuschließen. Man ist bisher noch zu keinem befriedigenden Ergebnis gekommen. Die Faser ist tatsächlich vorhanden und sie ist auch sehr gut; aber sie wurde bisher in einem zu geringen Prozentverhältnis zum Rohmaterial erschlossen. Die Ansichten über den Umfang der im Stengel enthaltenen Faser gehen unter den Fachleuten noch weit auseinander. Die eine Seite behauptet, die Kartoffelfaser sei nur eine Aufschließungsfrage, während die andere behauptet, der Prozentfuß der Faser im Stengel sei so gering, daß sich die Aufschließung gar nicht bezahle. Biologische Studien, die im kommenden Sommer gemacht werden sollen, sollen die gewünschte Klarheit schaffen. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses dieser Prüfung muß also die Spinnfaserfrage vertagt werden.

Die Verwendung der Zellulosefaser für Textilzwecke wird jetzt naturgemäß eine ganz bedeutende Einschränkung erfahren, weil allgemein angenommen wird, daß wir doch nun bald gutes Spinnmaterial aus dem Ausland bekommen werden. Es wird aber so schnell wohl nicht gehen, wie viele annehmen, und für eine ganze Anzahl Verwendungszwecke wird die zu Papiergarn verarbeitete Zellulosefaser noch sehr guten Gebrauchswert abgeben.

Lohnvereinbarungen für das deutsche Textilgewerbe.

In diesem Jahre wurden im Textilgewerbe folgende Lohnvereinbarungen getroffen:

Leipzig. Affordlohn für Spinner, Sortierer 1,65 Mk. pro Stunde, für Arbeiterinnen 90 Pf., für Lohnarbeiter 1,10 bis 1,30 Mk., für Lohnarbeiterinnen 75 bis 80 Pf. Gültigkeitsdauer vom 30. Januar bis zur Kündigung.

Apolda. Wärferei. Männliche und weibliche Facharbeiter nach beendeter Lehrzeit 1,20 Mk. Die übrigen Facharbeiter, männlich 1 Mk., weiblich 90 Pf., Hilfsarbeiterinnen, je nach Leistung, 50 bis 60 und 70 Pf.

Nowawes. Kollektivvertrag. Facharbeiter, männliche, 1,35 Mk., Hilfsarbeiter 1,10 Mk., Hilfsarbeiterinnen 90 Pf.

Leipzig. Spinnfabrik. Weber 2 Mk., Facharbeiter 1,80 Mk. bis 1,75 Mk., 1,65 Mk. und 1,40 Mk., weibliche 80 Pf. und 1 Mk., Hilfsarbeiterinnen 60 bis 90 Pf. Trikotagenfabrik. Kundtuhlarbeiter 1,50 Mk., Facharbeiterinnen 90 Pf., Hilfsarbeiterinnen 50 bis 80 Pf. Strick- und Wirkwarenfabrik. Strickerinnen 1 Mk., Facharbeiterinnen 80 bis 90 Pf., Hilfsarbeiterinnen 50 bis 80 Pf.

Darmen. Wochenlohn für männliche 42 Mk., für weibliche 30 Mk., für ausgelernte männliche 48 Mk. Zu diesen Löhnen kommen noch 42 Proz. Zuschlag.

Annaberg. Perlataschen. Stundenlohn für männliche 80 Pf., für weibliche 60 Pf. Bei Afford erhalten weibliche 10 Proz. weniger als die männlichen.

Augsburg. Ortsklasse I. Männliche 1,30 Mk., weibliche 1,10 Mk. Ortsklasse II: Männliche 1,20 Mk., weibliche 1 Mk. Im Afford 10 Proz. mehr Verdienst. Gültig bis auf Kündigung.

Württemberg. Ortsklasse I: Männliche 1,10 Mk., weibliche 85 Pf. Ortsklasse II: Männliche 1 Mk., weibliche 75 Pf. Ortsklasse III: Männliche 85 Pf., weibliche 60 Pf. Diese Löhne steigen um je 5 bis 10 Pf.

Brandenburg. Zute-Handwerker und Vorarbeiter 1,45 und 1,55 Mk., am Maler 1,30 und 1,40 Mk., an der Mangel 1,35 und 1,45 Mk., Hilfsarbeiter 1,10 und 1,15 Mk., Hilfsarbeiterinnen 80 und 90 Pf. Ferien: Nach 5 Jahren 6 Tage, nach 10 Jahren 7 Tage, nach 15 Jahren 8 Tage, nach 20 Jahren 9 Tage, nach 25 Jahren 12 Tage.

Krefeld. Färber wöchentlich 45,90 Mk., Couleurfärber 53,10 Mk., Appreteure 50,40 Mk.

Mühlau-Neudorf. Arbeiter 90 Pf., Arbeiterinnen 80 Pf. Mannheim-Baldhof. Spinnerei. Vorrichter, Aufseher 75 Mk. wöchentlich, Handwerker 1,80 Mk., Arbeiter 1,40 Mk.

Münsterland. Weberei. Stundenlohn männlich 1 Mk., in der Spinnerei 1,10 und 1,20 Mk., weibliche 80 und 90 Pf., Spulerei 75 und 80 Pf. und pro Kind und Tag 40 Pf. Zulage.

Mühlhausen. Stricker 1,20 Mk., Strickerinnen 1 Mk., am Motor 80 Pf., Lohnarbeiterinnen 40 bis 70 Pf., je nach Leistung. Vom 1. Februar bis zum 31. Januar 1920.

Niederlausitz. Weberei. Ortsklasse I: Männliche 1,30 Mk., weibliche 1,15 Mk. Ortsklasse II: Männliche 1,20 Mk., weibliche 1 Mk. Im Afford 10 bis 20 Proz. höherer Verdienst. Gültig vom 2. April bis zum 30. September 1919.

Röln. Färber, Wälder, Detacheure: Wochenlohn drei Jahre nach der Lehre 75 Mk., Gehilfen 85 Mk., Abteilungsleiter 95 Mk., Hilfsarbeiter, über 18 Jahre alt, 1,20, 1,50 und 1,70 Mk., Arbeiterinnen in der Färberei, Wäscherei und Detatur, 18 bis 20 Jahre alt, 80 Pf., 21 Jahre alt, 1,10 Mk., die anderen 50 bis 65 und 80 Pf., Biglerinnen 1,10 Mk.

Tarifvertrag für die Bandwebereien Sachsens.

Für die Bandwebereien in Sachsen ist folgender Tarifvertrag vereinbart worden:

1. Es sind folgende Stundenlöhne zu zahlen:

I. Facharbeiter,

das sind Weber bzw. Weberinnen und Packereileiter

im Alter von 14—16 Jahren	männlich weiblich	
	— Pf.	
16—18	75	60
18—20	95	75
über 20	120	95

II. Hilfsarbeiter oder Hilfsarbeiterinnen.

das sind Spuler, Treiber, Weiser, Scherer, Näher, Gaspler, Appreturarbeit, Badstabengehilfen, Koller, Gasarbeiter, Gasfärber, Garntröchner

im Alter von 14—16 Jahren	männlich weiblich	
	— Pf.	
16—18	45	35
18—20	70	55
über 20	90	70
über 20	110	85

III. Färber, Glänzer, Appreturleiter

im Alter von 16—18 Jahren	männlich weiblich	
	— Pf.	
18—20	100	100
über 20	125	125

2. Wird im Afford gearbeitet, so soll der Arbeiter oder die Arbeiterin durchschnittlicher Leistungsfähigkeit 12 Proz. mehr verdienen als in vorstehend aufgeführten Stundenlöhnen für die Arbeiter über 20 Jahre festgelegt ist. Unter die vorstehenden Stundenlöhne darf der Verdienst der Affordarbeiter bzw. der Affordarbeiterinnen nicht heruntersinken, sofern nicht nachweislich die Gründe des Minderverdienstes in der Person des Arbeiters oder der Arbeiterin liegen. Die Feststellung des Grundes des Minderverdienstes obliegt der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß, wobei sich beide durch die Organisation unterstützen lassen können.

3. Geizer und Maschinenisten sollen einen Wochenlohn von 60 bis 65 Mk. erhalten. Als Ueberstunden gelten nur Arbeitsstunden in der Zeit von Sonnabendmittag bis Montag früh. Sie sind mit 1,30 Mk. zu bezahlen.

4. Stuhlmeister erhalten einen Wochenlohn von 63 Mk.

5. Für Anknöten sind zu zahlen:

100 Fäden Leinen und Baumwolle . . . 25 Pf.

100 Fäden Papier . . . 40 "

6. Für Einziehen sind zu zahlen:

100 Fäden Leinen und Baumwolle . . . 35 Pf.

100 Fäden Papier . . . 60 "

7. Wartestunden im Betriebe aus Anlaß von Reparaturen usw. werden nach den in Punkt 1 festgelegten Zeitlöhnen bezahlt.

8. Der Lohn soll am Freitag ausgezahlt werden.

9. Paraffin wird der Arbeiterschaft nicht mehr berechnet werden.

10. Zur Entscheidung aller Streitigkeiten bei der Durchführung und Auslegung dieses Vertrages wird ein Tarifausschuß gebildet, der aus je 3 Vertretern der Arbeitgeber und 3 Vertretern der Arbeitnehmer besteht. Zu jeder Sitzung dieses Schlichtungsausschusses ist ein Vertreter der Organisation der Arbeiter und des Verbandes von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie mit beratender Stimme zuzuziehen. Bei diesen Organisationen sind auch die Anträge auf Entscheidung von Streitigkeiten durch den Tarifausschuß anzubringen.

11. Nachweislich minderwertigere Personen fallen nicht unter diesen Tarifvertrag.

12. Die Arbeitszeit ist nach den Beschlüssen der zentralen Kommission für die Textilindustrie in Berlin zu regeln. Zurzeit beträgt die Höchstgrenze 46 Wochenstunden.

13. Der Vertrag ist gültig bis zunächst 30. September 1919. Er unterliegt einer Kündigungsfrist von einem Monat. Die Kündigung ist erstmalig zulässig am 30. August 1919. Wird der Vertrag am 30. August 1919 nicht gekündigt, so läuft er mit einmonatiger Kündigungsfrist stillschweigend weiter.

14. Die in diesem Vertrag festgelegten Löhne sind ab 12. April 1919 zu zahlen.

Rulsnitz, am 11. April 1919.

Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie.

Verband Sächsischer Bandfabriken.

Tarifkommission für die Bandweberei.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Gewerkschaft der Deutschen Textilarbeiter (Girsch-Dumcker).

(Unterschriften.)

Aufruf zur Unterstützung der heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, im Verein mit dem Gesamtverbande der Christlichen Gewerkschaften, dem Verbands der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.), dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände erläßt für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einen Aufruf, deren Los zu lindern und ihnen einen würdigen Empfang zu bereiten.

Mit dem Empfang und einigen freundlichen Worten darf es aber nicht abgetan sein. Die Heimkehrenden, aller Mittel entblößt, werden nur zu oft keine Stütze finden, die ihnen Heim sein wird. Für das Notwendigste wird und muß das Reich mit seinen Mitteln sorgen. Aber darüber hinaus wird vieles zu tun sein, um den Gefangenen, die Jahre der Trübsal und Freundlosigkeit hinter sich haben, eine kleine Freude zu bereiten, ihnen zu zeigen, daß vermehrte Fürsorge wirkt, um sie ihre Leiden vergessen zu lassen. Bei 800 000 Gefangenen, die zurückkehren, sind große Mittel erforderlich, um nur geringes durch diese Liebestätigkeit leisten zu können.

Ein Ausschuß, dem außer Regierungsvertretern Mitglieder aller Parteien der deutschen Nationalversammlung angehören, erläßt einen Aufruf zu Sammlungen, deren Ertrag es ermöglichen soll, den Heimkehrenden zu beweisen, daß sie wieder eine Heimat gefunden haben.

Die Mitglieder der Arbeitnehmerorganisationen bitten wir dringend, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Gau XIII (Berlin).

Auf unserer am 21., 22. und 23. Juni in Landsberg a. W. stattfindenden Gaukonferenz werden folgende Punkte zur Tagesordnung gestellt:

1. Bericht des Gauleiters.
2. Unsere Wirtschaft.
3. Das Notensystem.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Lauf Wahlreglement haben zu wählen:

- Berlin 3 Deleg., Cottbus 3 Deleg., Forst 3 Deleg., Finsterwalde 2 Deleg., Guben 3 Deleg., Landsberg 2 Deleg., Luckenwalde 2 Deleg., Nowawes 2 Deleg., Sommerfeld 2 Deleg., Sorau 3 Deleg., Spremberg 3 Deleg., Weitz 1 Deleg., Schwiebus 1 Deleg., Vetschau 1 Deleg., Züllichau 1 Deleg., Prignitz 1 Deleg., Stettin 1 Deleg., Stolp 1 Deleg., Wittenberge 2 Deleg., Neudamm 1 Deleg., Wittstodt 2 Deleg., Burg 1 Deleg., Kalbe 1 Deleg., Brandenburg 2 Deleg., Bernau 1 Deleg., Fürstenwalde 1 Deleg., Lübben 1 Deleg., Magdeburg 1 Deleg., Berger-Damm 1 Deleg., Falkenburg 1 Deleg., Wschersleben 1 Deleg., Gleichen 1 Deleg.

Wegen Logis und Verpflegung haben sich die gewählten Delegierten an die Adresse von: Heinrich Horn, Landsberg a. W., Luisenstr. 27, zu wenden.

Die Delegierten können in den Filialversammlungen gewählt werden. Die Konferenz beginnt pünktlich am Sonnabend, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr.

Für Reiselegitimation hat jeder Delegierte selbst zu sorgen. S. A.: Franz Kocke, Gauleiter.

Gaukonferenz Schlesien!

(Berichtigung.) Im Gaubezirk Schlesien waren nicht, wie es im Bericht in Nr. 18 heißt, 21 000, sondern 31 000 Mitglieder vorhanden, die inzwischen auf rund 33 000 gestiegen sind.

In der 10. Zeile von unten muß es heißen „unorganisierte Kollegen“ statt Mitglieder.

Aus den Gewerkschaften.

Die vierte Mitglieder-Million

Haben die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände Ende April überschritten. Am Ende des 3. Quartals 1918 zählten die deutschen Gewerkschaften 1 415 452 Mitglieder. Bis Jahreschluss erreichten sie etwa 2 Millionen. Ende Januar 2 1/2 Millionen, Ende Februar 3 Millionen und seitdem haben sie ihre Reihen wieder um 1 Million verstärkt. Wenn die Entwicklung im gleichen Tempo so weitergeht, so wird der Deutsche Gewerkschaftsbund, dessen Satzungen auf dem Ende Juni in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftslongress beschloßen werden sollen, wahrscheinlich seine Wirksamkeit mit einer Gesamtmitgliederzahl von fünf Millionen beginnen können.

Aus der Textilindustrie.

Neugründungen. In Nr. 18 muß es statt Furche u. Schäfer heißen: Burtchen u. Schäfer, Strumpfabrik in Guben.

Erweiterter Anbau von Flach. Nachdem früher der Anbau von Flach immer mehr zurückgegangen war, ist er infolge der Tätigkeit der mit Kriegsausbruch begründeten Kriegs-Flachbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin, wieder gestiegen. Es gelang, ihn durch zweifelhafte Prognosen von etwa 12 000 Hektar im Jahre 1914 auf rund 50 000 Hektar im Jahre 1918 zu steigern. Mit einer weiteren Ausdehnung des Flachanbaues auf rund 100 000 Hektar im Jahre 1919 ist mit größter Wahrscheinlichkeit zu rechnen. Die Ursache dieser erfolgreichen Tätigkeit liegt darin, daß die Kriegs-Flachbau-Gesellschaft den Anreiz für die Verbesserung des Flachbaues nicht allein durch eine Erhöhung der Preise für Flach und Leinwand gab, sondern mit Rücksicht auf den großen Bedarf der Landwirte an bestimmten Betriebsmitteln den Flachbauern die Belieferung mit Bindgarn, Seilermoren, Leinwand und anderen Textilfabrikaten zu sehr billigen Preisen gewährleistete.

Protest gegen die Reichstextil-A.-G. Ein Tuchgroßhändler schreibt: Ich hatte Gelegenheit, bei einer Geschäftsreise nach der Lausitz mit kleinsten, mittleren und großen Fabrikanten über die Geschäftsführung der „Reitag“ Rücksprache zu nehmen; dort herrscht allenthalben die größte Erbitterung gegen die Freitag, die nicht unterschätzt werden sollte. Die R. W. B. verlangt von

den Fabrikanten Vorauszahlung des Rohmaterials und liefert dann nach Monaten noch und nach je ein Drittel der zur Verteilung kommenden Wolle, Lumpen usw. So sind heute noch Januar- bis Märzlieferungen rückständig, die schon lange von den Fabrikanten bezahlt sind. Die aus diesem Material angefertigten Stoffe liegen dann noch wochenlang bei den Fabrikanten auf Lager und werden trotz Protestes und Mahnung von der Freitag nicht abgenommen. Die Lager der Fertigwaren belaufen sich auf Millionen und die Fabrikanten erleiden neuen Zinsverlust durch schon lange bezahltes Rohmaterial und verunglückte Arbeitslöhne, der in die Tausende geht. Auf der anderen Seite schickt die Freitag stets einen Schwarm von Revisoren aus, die täglich ein Vermögen kosten und deren rigoroses Vorgehen die Stimmung der Fabrikanten noch besonders verbittert.

Diesen Zuständen stehen der Handel und die Verbraucher gegenüber, die nach Ware hungern und durch das Geschäftsgeschäft der Freitag keine Ware bekommen können.

Die Einfuhr überteuerter Waren. Ein süddeutscher Warenhausbesitzer schreibt zu der schon häufig behandelten Frage der Einfuhr von Textilwaren aus Frankreich und dem Elab: „Diese Waren zeichnen sich weniger durch haltbare Qualität als durch ungeheure Preise aus. So stellt sich z. B. ein geringes weißes Hemdentuch, das vor dem Kriege 25 Pf. das Meter kostete, auf 2,88 Frank das Meter, d. i. bei dem jetzigen Kurs mit Speisen über 8,30 Mk. das Meter, dazu kommt noch der Nutzen des deutschen Großisten mit dem üblichen Kriegszuschlag. Dagegen kostet nach der mir vorliegenden Annonce einer Pariser Zeitung dort ein gutes, weißes Hemdentuch im Detail 1,50 Frank das Meter! In gleicher Weise wird das Publikum mit Schweizer Ware, Leinwand, für die werksmäßige Bevölkerung sich nicht eignenden Stoffen, überteuert. Aufgabe der Einfuhrbewilligungsbehörde müßte es sein, streng zu prüfen, ob die vom Ausland bezogenen Waren den dort geltenden Preisen entsprechen und jeder Einfuhr die Bewilligung zu verweigern, die dieser Bedingung zuwiderläuft. Wichtiger als die Einfuhr von fertigen Waren zu übermäßig hohen Preisen ist die von Lebensmitteln und Rohware.“

Soziale Rundschau.

Arbeitskleidung ist steuerfrei.

Der preussische Finanzminister hat auf eine Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften geantwortet, daß die Mehrkosten, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erwachsen, als „Verbauungskosten“ nach § 81 des Einkommensteuergesetzes vom Rohverdienst aus gewinnbringender Beschäftigung abzugsfähig sind.

Zahl der Erwerbslosen in Groß-Berlin.

Am 11. März wurden in Groß-Berlin 275 035 Erwerbslose gezählt. Davon entfielen auf Berlin 185 429, Charlottenburg 15 074, Neukölln 23 203, Schöneberg 5125, Lichtenberg 11 072, Wilmersdorf 3729, Steglitz 3181, Rankow 2825, Lichterfelde 407, Weichensee 5211, Friedenau 1771, Reinickendorf 2443, Prenzlau 185, Tempelhofer 750, Oberbörsenweide 1348, Friedrichsfelde 1566, Mariendorf 679, Legel 596, Niederschönhausen-Schönholz 1241, Brig 913, Konowitz 192, Wilmersdorf 600, Schmargendorf 172 und Niederschönweide 666. Am 8. März betrug die von der Stadt Berlin seither gezahlte Erwerbslosenunterstützung 61 107 215 Mk.

Zur Frage der Fürsorge für die Unfallverletzten durch die Berufsgenossenschaften.

In einem an den Verband der deutschen Berufsgenossenschaften gerichteten Erlasse führt das Reichsversicherungsamt folgendes aus: Das Reichsversicherungsamt hat von jeher die Sorge für die sachgemäße Frühbehandlung der Unfallverletzten als eine der vornehmsten Aufgaben der Berufsgenossenschaft betrachtet und dahin zu wirken gesucht, daß die Träger der Unfallversicherung von der ihnen nach §§ 580, 946, 1513 der Reichsversicherungsordnung zustehenden Befugnis, das Selbstverfahren bereits innerhalb der gesetzlichen Wartezeit zu übernehmen, umfassenden Gebrauch machen. In der Zeit vor Ausbruch des Krieges haben sich auch zahlreiche Berufsgenossenschaften mit eifrigem Verständnis der Frühbehandlung Verletzter angenommen. Die großen Verluste an Menschenleben infolge des Krieges machen eine häusliche Fürsorge für die noch vorhandenen Arbeitskräfte zur dringenden Pflicht. Daher ist jetzt mehr als je eine möglichst frühzeitige und infolgedessen besonders wirksame Selbstbehandlung der Unfallverletzten geboten. Trotzdem ist in den letzten Jahren die Zahl der Fälle, in denen die Berufsgenossenschaften das Selbstverfahren bereits innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall übernommen haben, bedauerlich zurückgegangen. Das Reichsversicherungsamt verkennt nicht, daß hierfür zum Teil der Mangel an ärztlichen Sachverständigen sowie an Arbeitskräften bei den Berufsgenossenschaften und den sonst beteiligten Stellen und die dadurch bedingte Verzögerung bei Aufklärung der einzelnen Unfälle verantwortlich zu machen sind. Gleichwohl muß tatkräftig versucht werden, diesem unerfreulichen Zustande abzuhelfen und das Interesse der Versicherungsträger nachdrücklich auf die Frühbehandlung der Unfallverletzten zu richten. (Reichsversicherungsamt, I. 4375/18.)

Genossenschaftliches.

Die russische Genossenschaftsbewegung überdauert den Bolschewismus.

Die Bolschewiki haben es nicht gewagt, die Genossenschaften zu unterdrücken. Das russische Genossenschaftswesen hat sich in der Moskauer Volksbank ein großes Selbstinstitut, das eigene Politik betreibt, geschaffen. „Als einziges staatlich unreglementiertes Kreditinstitut“ sagt die „Wost. Bl.“, „verfügt die Volksbank über ein Kapital, das nicht mehr nach Millionen zählt, sondern die Milliarde schon erreicht haben soll. Die russische Wirklichkeit, die in den offiziellen Telegrammen niemals zum Ausdruck kommt, hat hier eine einfache Lösung für die Bedürfnisse der Öffentlichkeit gefunden, und das Anwachsen der Depositen zeigt, in welcher Richtung sich auch das bürgerliche Kapital offenbar dem bolschewistischen Zwang zu entziehen gewußt hat. Aber die Moskauer Volksbank und die von ihr finanzierten Zweigverbände der Provinz ist nicht das einfache Bankinstitut mehr, das Depositen aufnimmt und Kredit an die Genossenschaft verteilt. Die Dynamik der Bolschewisten, die wohl den alten

Apparat zertrümmert haben, die Bedürfnisse eines Volkes aber nicht erfüllen können, wird offenbar, wenn wir sehen, wie die russische Genossenschaft zu ganz neuen Aufgaben übergeht: Der Aufgabenkreis der Semstvos, der städtischen Verwaltung fällt langsam dieser russischen Genossenschaft zu. Sie ist stark genug geworden, den Warenhandel von Dorf zu Dorf, von Dorf zu Stadt zu organisieren, Rechtsprechung und Verwaltung zu übernehmen, Kirchenpflege, Unterricht und ärztliche Fürsorge zu bestimmen und zu leiten, die Bahnverbindungen zu erhalten und aufzubessern, endlich ganz unabhängig von der Moskauer Zentralgewalt weitestgehende finanzielle und wirtschaftliche Vereinbarungen mit den der Sowjetrepublik nicht zufallenden Landesteilen anzubahnen. Es ist eine friedliche Durchdringung der Nation, die von diesen Genossenschaften ausgeht.“ Ueber die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Rußland unterrichtet folgende Tabelle, die Dr. Soskin der „Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz“ zur Verfügung stellt:

	1915	1918
Kreditgenossenschaften	14 350	16 500
Konsumgenossenschaften	10 300	25 000
Ländliche Vereine	5 000	6 000
Ländliche Genossenschaften	1 650	2 400
Motoren-Genossenschaften	2 700	3 000
Hausindustrie und andere Genossenschaften	600	1 500
	35 200	64 000

Gesundheitspflege.

Seuchengefahr und Reinlichkeit.

Zu diesem Thema wird den „Münchener Neuesten Nachrichten“ geschrieben: Im Zusammenhang mit den amtärztlichen Belehrungen sollten die Kerze ihr Augenmerk auch auf die Wurzel der fast durchweg zunehmenden Unreinlichkeit und der damit verbundenen Seuchengefahr richten. Wasser allein tut's nicht. Seife, Soda entbehrt das Volk schon seit Jahren; das Fehlen von brauchbarer Seife vergiftet nicht nur den Körper, sondern auch die Wäsche. Manche Krankheit wird allein dadurch hervorgerufen, daß viele Menschen ungenügend gereinigte Wäsche zu lange tragen müssen. Die R.-A.-Seife aus Sand und Ton kann uns nicht retten. Gute Seife tut uns beinahe noch mehr not als Brot. Die Kerze sollten beim Kriegsmäheramt darauf hinwirken, daß die dort aufgestapelte Seife der Allgemeinheit zugeführt wird. Es wird zwar bei uns noch gute Wäscheherstellung aus Abfallresten von Pferden, Ausgüssen usw., daß aber diese Seifen im Geheimen fabriziert werden müssen, verteuert die Ware; durch die Beschlagnahme wird sie nur der Allgemeinheit entzogen.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Berichtigung. In Nr. 16 muß es hinsichtlich der Entschuldigsumme der in Groß-Berliner Färbereien und chemischen Wäschereien Beschäftigten heißen: Wer schon vor dem 30. September 1918 dort tätig war, erhält 75 Mk., wer bis dahin ein Jahr dort beschäftigt war, 150 Mk., und wer bis dahin länger als zwei Jahre dort beschäftigt war, 200 Mk.

Die Berichtigung in voriger Nummer war also auch noch nicht vollständig.

Falkenburg. Hier war der Drang nach der Organisation mächtig, daher wurde der Deutsche Textilarbeiterverband gebeten, sobald als möglich einen gewählten Redner zu senden. Bis dahin wurde von zielbewußten Männern für den Verband geworben und wir schritten zur Gründung einer Ortsgruppe. Am 8. Mai erschienen Genosse Karl Boigt-Berlin und sprach über „Zweck und Ziele des Verbandes“. Seine Rede war sachlich klar, so daß viele sich überzeugten, ohne Eintritt in den Verband würde ihnen auf die Dauer das Leben recht schwer werden. Die Kollegen strömten in Massen zum Aufnahmeamt, so daß unsere neugegründete Ortsgruppe auf 173 Mitglieder answuchs. Welche Hoffnung für die gesamte Textilarbeiterchaft Falkenburgs kommt damit zum Ausdruck! Die Vertreter hiesiger Fabriken haben sich in jenen Tagen die Beine abgelaufen, ein Herr zum anderen. An allen Straßenecken konnte man die Herren handförmig sehen, große Debatten führen hören, aus purer Angst, mit ihrer Wollfärberei könnte es zu Ende gehen. Der Lohn betrug 34-35 Mk. pro Woche für Arbeiter, während andere Fabriken 54-55 Mk. zahlten. So verdienten die Herren an jedem Arbeiter 20 Mk. pro Woche extra. Arbeiterinnen oder Arbeiterinnen verdienten 24,28 Mk. die Woche. blieb eine derjenigen vier Stunden zuhause, so erhielt sie 4 Mk. Abzug für diese Zeit. In Zukunft werden die Herren keinen so leichten Stand haben. Mit 3000 Mk. haben diese Herren, was jeder von uns hier weiß, mal angefangen, haben mit uns aus einer Flasche getrunken, heute sind sie Millionäre. — Nun sind wir Mitglieder des Textilarbeiterverbandes, den wir als einen Stern ansehen, der uns den rechten Weg zeigen wird aus wirtschaftlicher Drangsal und Not, hinauf zu bescheidenem Wohlstand und zu blendendem Licht. Verlieren den Stern niemand aus dem Auge! Sei er allen Stecken und Stab auf ihrem ferneren Lebenswege, dann wird aller Leben bald erträglicher werden!

Friedberg a. Oud. Unsere Filiale sollte in ihrer Monatsversammlung am 4. Mai einen Vortrag des Kollegen Lang-Langenbielau zu hören bekommen, mußte darauf aber verzichten, da Kollege L. nicht erschien. Kollege Grimm besprach an seiner Statt die wirtschaftliche Not, in die unsere Textilarbeiter durch die schreckliche Teuerung geraten sind. Beschloßen wurde, eine Forderung auf Lohnerhöhung zu stellen; es werden hier noch Stundenlöhne von 30-50 Pf. gezahlt. — Die von 300 Personen besuchte Versammlung endete mit musikalischer Unterhaltung.

Mittweida. Die Arbeiterchaft der Firma Baumwollweberei Mittweida A.-G. war am Dienstag, den 6. Mai, spontan in einen Streik getreten. Die Ursache dazu lag in der nicht vollinhaltlichen Einhaltung des Lohntarifs. Eine sofort nach Einstellung der Arbeit im „Rosenparken“ abgehaltene Betriebsversammlung kam nach dem Bericht des Arbeiterausschusses und des Gewerkschaftsleiters Schertt über stattgefundene Verhandlungen zu dem Ergebnis, welches in nachstehender Resolution zum Ausdruck gebracht wird.

Die heutige Betriebsversammlung für die Arbeiterchaft der Firma Baumwollweberei Mittweida beschloß nach Anhörung des Reichs des Arbeiterausschusses über mit der Direktion gepflogene Verhandlungen:

1. Befreiung des Direktors Kopp aus dem Betriebe, da ein erpfindliches Zusammenarbeiten in Verhandlungen über Lohnfragen mit diesem nicht möglich ist.
2. Grundliche Regelung der Lohnfrage nach den Bestimmungen des bestehenden Lohntarifs.
3. Restlose Vergütung der Feiertage.
4. Bezahlung der Streiklage durch die Firma.

Am Nachmittage fanden stundenlange Verhandlungen über diese Forderungen statt, an der ein Vertreter des Aufsichtsrates der Firma, ferner Vertreter des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandes sowie der Arbeiterausschüsse teilnahmen. Das Ergebnis ist folgendes: Vereinbarung zwischen der Firma Baumwollweberei Mittweida und ihrem Arbeiterausschuß zur Beilegung des

Streiks am 6. Mai 1919. Die Firma verpflichtet sich, solange unter den bisherigen Verhältnissen gearbeitet werden muß, das 10fache (bisher das 8fache) des Friedenslohnes auf alle Artikel, die in der Weberei hergestellt werden, zu zahlen. Sie gewährt ferner die bisherigen Zuschläge auf schlechtgehende Waren. Diese Zuschläge sind so zu bemessen, daß der Verdienst des einzelnen Arbeiterpersönlichkeits nicht jüngerlich unter 1,10 Mk. beim Weber und nicht unter 85 Pf. bei der Weberin sinkt, sofern nicht nachweislich die Gründe des Minderwertes in der Person des Arbeiters liegen. Die Feststellung des Grundes des Minderwertes obliegt der Betriebsleitung und dem Arbeiterschuß, wobei sich beide durch die Organisationen unterstützen können. — Die Nachzahlung soll bei der Lohnzahlung vom 16. Mai 1919 erfolgen. Der Schlichter Liebad soll als Schlichter bezahlt werden nach den Bestimmungen für die Kriegsteilnehmer. Lagerarbeiter werden auf 1 Mk. mündlich bezahlt, soweit sie voll erwerbsfähig sind. Unter der Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft morgen unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufnimmt, gewährt die Firma jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin eine Feuerungszulage von 2 Mk. (Unterstrichen).

Eine am gleichen Tage, abends 6 Uhr, im „Rosengarten“ abgehaltene zweite Betriebsversammlung erklärte sich auf Vorschlag des Arbeiterschußes und der Verbandsleitung bereit, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen, sie hält aber an den weiteren Forderungen fest, ganz besonders an der Entfernung des Direktors Kopf aus dem Betriebe. Ueber die noch offenbleibenden Forderungen sollte in den nächsten Tagen die Tarifbehörde Recht zu sprechen haben. Nachstehende Entschliessung kam noch zur einstimmigen Annahme:

„Die am 6. Mai 1919, abends 6 Uhr, im „Rosengarten“ versammelte Arbeiterschaft der Firma Baumwollweberei Wittweida hält unter allen Umständen anrecht, die Befestigung des Direktors Kopf aus dem Betriebe zu verlangen, weil keine Gewähr dafür geboten ist, daß in Zukunft bei Verhandlungen über Lohnfragen die Arbeiterschaft gerechte Würdigung findet.“

Die Leitung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes — Filiale Wittweida — wird beauftragt, vorstehende Forderung dem Aufsichtsrat der Firma zu unterbreiten.

Die Arbeiterschaft verlangt innerhalb einer Woche eine klare unmissverständliche Antwort vom Aufsichtsrat der Firma über diese Forderung.

Gossentlich ist beim Erscheinen des Blattes der Aufsichtsrat der Firma dem dringenden Verlangen der Arbeiterschaft nachgekommen, so daß es nicht zu weiteren Entwicklungen kommt.

Nieska. Eine außerordentlich stark besuchte Betriebsversammlung der Baumwollspinnerei Nieska A.-G. in Gröba fand am 28. April 1919 im Gasthaus „Zum Anker“ in Gröba eine Besprechung über Lohnfragen und Maßregelungen, nein, die sämtlichen Meister des Betriebes waren in den Auslands getreten, weil die Firma sich weigerte, den Meistern das Gehalt zu zahlen, das ihnen zustand nach einem Vertrag zwischen dem Arbeitgeberverband für Nieska und Umgegend und der Arbeiterschaft kaufmännischer und technischer Angestelltenverbände für Nieska und Umgegend. Nach begünstigenden Worten des Vorsitzenden der Filiale Nieska gab derselbe das Wort dem Meister Schilling von dem in Frage kommenden Betrieb. In kurzen sachlichen Ausführungen gab Meister Schilling über den Zustand seiner Kollegen. Es sollte nicht ein Streit sein, um die Firma zu zwingen, die Forderungen der Meister sofort restlos zu bewilligen, sondern der Streit sollte bezwecken, den seit Wochen schon vergeblich angerufenen Schlichtungsausschuß aufzurütteln und sich seiner Aufgabe und Pflicht bewußt zu werden. Die Firma hätte selbst schon das größte Interesse an der Regelung dieser Angelegenheit haben müssen; sie hat es leider nicht gezeigt. Nun, der Zustand hatte nur eine eintägige Dauer. Die mit der Direktion des Betriebes gepflogenen Verhandlungen endigten zur vollsten Zufriedenheit der betreffenden Meister. Kollege Schilling dankte vor allem den Mitgliedern, die sofort ihre Unterstützung zugesagt hatten und mit in den Auslands getreten waren. Er hob besonders hervor, daß es nur der strammen Organisation der Kolleginnen und Kollegen zu verdanken sei, daß unsere Solidarität den Sieg davontrug, was nur möglich war, weil die Meister mit der Arbeiterschaft an einem Strang zogen, die Meister für die Arbeiter und die Arbeiter für die Meister eintraten. Genosse Schmidt vom Zentralverband der Hornblumengehilfen gab auch seiner Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, den Sieg durch die Solidarität zu erringen, und erteilte den mitanwesenden kaufmännischen Angestellten den guten Rat: „Heraus aus den Harmonieverbänden und hinein in die Reihen des Zentralverbandes kaufmännischer Angestellten!“ Wir konnten also mit dem Erfolg zufrieden sein und der Vorsitzende schloß mit kernigen Worten die Betriebsversammlung um 17 Uhr abends.

Nicht lange sollte es dauern, da hatte die Solidarität der Meister und sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen ein zweites Gesicht anzukämpfen. Die Firma kündigte am 30. April 1919 ihrem seit über fünf Jahren im Betriebe tätigen Obermeister. Am selben Abend hielten die Meister eine Besprechung im „Thüringer Hof“ in Gröba ab, zu der sie den Arbeiterschuß des Betriebes geladen hatten. Von dem Vertrauensmann des Beamten- und Angestelltenausschusses wurden die Gründe der Kündigung den Versammelten bekanntgegeben. Einstimmig wurde beschlossen, der Firma folgenden Protest zu überreichen:

„Die heute im „Thüringer Hof“ versammelten Meister nebst dem dazu mitbestimmten Arbeiterschuß des Betriebes Baumwollspinnerei Nieska A.-G. in Gröba legen ganz energisch Protest ein gegen die Kündigung des Herrn Obermeisters Hermann Meiser, Gröba. Ist dieselbe bis Freitag, den 2. Mai 1919, vormittags 10 Uhr, nicht zurückgenommen, so wird die Direktion alle daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen haben. Wir betonen, daß die dem Vertrauensmann, Meister Schilling, angegebenen Kündigungsgründe bei weitem nicht stichhaltig sind.“

Gröba, den 30. April 1919.

Der Arbeiterschuß:

gez.: Walter Nische, Vorsitzender. gez.: Anna Schaal.

Der Vertrauensmann des Beamten- und Angestelltenausschusses:

gez.: Josef Schilling.

Diesen Protest übergeben Meister Schilling und Kollege Nische persönlich am 1. Mai, vormittags, der Direktion und haben anschließend eine 1 1/2stündige Verhandlung mit Herrn Direktor Brunner, die aber zu keinem befriedigenden Resultat kam. Der Protest wurde aufrechterhalten, und erst nach einer am Freitag vormittag gepflogenen Verhandlung bequimte sich die Direktion, die gegen den Obermeister des Betriebes ausgesprochene Kündigung zurückzunehmen. Das war also der zweite Sieg, den wir erröchten. Wegen alle daraus die Lehre ziehen, daß eine geschlossene Arbeiterschaft und die Meister, stramm solidarisch ergogen, immer Großes erreichen kann. Darum: Hoch unsere Organisation! Hoch unsere Solidarität!

Verbau. Die Filiale Verbau hielt am 3. Mai in der Centralhalle ihre Monatsversammlung ab, in der annähernd 300 Mitglieder anwesend waren. Kollege Höra gab einen übersichtlichen Bericht über die gegenwärtige Situation in unserer Filiale. Da Protest gegen die Geschäftsführerwahl, die am 6. April 1919 stattgefunden hat, eingeleitet worden ist, schloß er vor, daß sobald wie möglich eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten wird, in welcher zu einer eventuellen nochmaligen Geschäftsführerwahl Stellung zu nehmen sei, damit endlich einmal diese unliebsamen Reibereien aus der Welt geschafft werden und wieder Ruhe in die Reihen der Mitglieder kommt. Ihm wurde zugestimmt. Nachdem erstattete Kollege Höra Bericht über die Tarifverhandlungen,

welche am 25. April d. J. in Trimmitschau stattfanden über Festlegung eines Garantie-Stundenlohnes für alle in der Tuchbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Trimmitschau, Verbau, Kirchberg i. S., Langenfeld, Kobenisch und Leisnig. Die anwesenden Tucharbeiter waren mit den Vereinbarungen nicht zufrieden, sondern beantragten, daß noch eine Branchenversammlung behufs Ergänzung des Tarifs stattfindet. — Nach Erledigung noch einiger anderer Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

Bischofau. In unserer am 27. April abgehaltenen Generalversammlung, die recht gut besucht war, gab zuerst Geschäftsführer Koll. Wolfram den Geschäfts- und Kassenbericht. Aus diesem war die sehr erfreuliche Tatsache zu entnehmen, daß die Filiale wieder um 790 Mitglieder zugenommen hat. Seit Ausbruch der Revolution, wo wir nur noch 151 Mitglieder hatten, ist die Zahl derselben bei Schluß des Quartals auf 1882, also um 1731 gestiegen und am Tage der Berichterstattung bereits schon auf über 2000. Damit sind in unserem Filialbezirk die Textilarbeiter fast restlos organisiert. Pflicht der Kollegen und Kolleginnen ist es nun, den wenigen noch arbeitslos stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen das Unmoralische ihres weiteren Verbleibens wirksam begreiflich zu machen. Es darf in Zukunft in keinem Betrieb mehr Unorganisierte geben; wer die Vorteile, die durch die Organisation geschaffen wurden und noch werden, mit einstehen will, muß auch dieser beitragen, oder sie können mit organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen nicht mehr zusammenarbeiten. Nun gilt es aber auch die neuen Mitglieder dahin zu bringen, daß sie den wahren und sehr hohen Wert der Organisation erkennen lernen. Die Masse allein tut es nicht, sondern mehr der Geist, von dem diese Masse befeelt ist. Diesen zu bilden wird immerhin die erste Aufgabe der Verwaltung sein. Es muß dahin gebracht werden, daß sich jedes einzelne Mitglied die Frage: „Warum muß ich organisiert sein?“ selbst beantworten kann. Dazu sollen unsere Versammlungen dienen. Die Mitglieder können zu ihrer geistigen Durchbildung aber auch sehr viel selbst beitragen, indem sie unsere Fachzeitung, den „Textilarbeiter“ recht fleißig lesen und das Gelesene untereinander besprechen, jede Versammlung besuchen und sich in dieser eifrig an der Debatte beteiligen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung wurde an Stelle des zum Pararbeiterverband übergetretenen Koll. Weigelt Kollege Arno Schreier und an dessen Stelle als zweiter Vorsitzender Kollege Karl Fröhner gewählt. Als Kandidat zur Verbandsgeneralversammlung und zum Gewerkschaftskongreß wurde einstimmig nur Kollege Wolfram aufgestellt. Eine Aussprache, die sehr lebhaft einsetzte, war für die Tarife für Webereien, Dreizylinder- und Papiergarnspinnereien, Strickereien und Veredlungsbetriebe eine recht absprechende. Alle Redner stimmten darin überein, daß die in diesen Tarifen festgelegten Löhne unter keinen Umständen ein Existenzminimum bilden könnten. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der die Gauleitung aufgefordert wird, sofort eine Revision dieser Tarife zu veranlassen; der Mindestlohn für erwachsene männliche Arbeiter soll auf 1,50 Mk. und für ihr weibliche im Alter von 16—20 Jahren auf 80 Pf. und für solche über 20 Jahre auf 90—100 Pf. festgelegt werden. Von den Dittendorfer Kollegen wurde getadelt, daß für die Filzbranche immer noch kein Tarif zustande gekommen sei. Bezüglich der Beitragsfrage hieß die Versammlung einmütig die Maßnahme der Geschäftsleitung, wonach alle männlichen Vollarbeiter 55 Pf. Steuern müssen, gut. Zulässig sind Ausnahmen nur bei teilweise erwerbsfähigen Mitgliedern. — Mit allgemeiner Freude wurde es begrüßt, daß in Zukunft wieder wie früher in allen größeren Orten Ortsgruppenversammlungen abgehalten werden sollen.

Literatur.

Demokratie oder Diktatur. Von Hans Erich Hartmann. Preis 2 Mk. Vöhlverlag, Jütten i. Sa. — Auf 80 Seiten behandelt der Verfasser das Thema in acht Kapiteln: Nach dem Weltkrieg; Betrachtungen über das Sozialisierungsproblem; Der Imperialismus nach dem Weltkrieg; Die geistliche Mission der deutschen Sozialdemokratie; Demokratie und Volkswillen; Demokratie und Sozialismus; Die Diktatur; Sturmzeichen; Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Im Vorwort erklärt der Verfasser, der noch während der wogenden Wahlkämpfe für die „Regierungsozialisten“ eintretet, wie es kommt, daß er sich nun mit seiner Schrift gegen die „Regierungsozialisten“ wendet. Schwer Auffassung nach waren durch die fegeische Revolution die Ursachen für die jetzige Spaltung der Partei beseitigt und er hielt es deshalb für wünschenswert, in den bevorstehenden Wahlkampf, der doch den Kapitalismus endgültig vernichten sollte, mit einer Schlachtfeld einzurücken, deren Teile sich gegenseitig beschützen. Er hoffte die Nationalversammlung würde eine sichere sozialistische Mehrheit bringen und eine dem Erörterungsprogramm entsprechende Politik einleiten. In heidem habe er sich getäuscht, und nun macht er gegen die jetzige Regierung entscheidende Front und verlangt von den Sozialisten in ihr, daß sie schleunigst abtreten, ihren Irrtum bekennen und das deutsche Volk so vor einer neuen Katastrophe bewahren. Der Verfasser erläutert in scharfsinniger Weise die Begriffe „Demokratie“ und „Diktatur“ und kommt zu dem Schluß, daß für das Proletariat die Demokratie die kraftlose Diktatur sei und die Diktatur die gerechte Demokratie, denn das Proletariat werde sein politisches Handeln unter der Herrschaft der Demokratie stets nach der ihm zuteil gewordenen politischen „Aufklärung“ einrichten, und diese könne stets so sein, daß es unter dem Schein der Demokratie einer schlimmeren verhängen Diktatur unterworfen werde als die nicht dem Proletariat angehörenden Volkschichten unter der offenen Diktatur des Proletariats. Die offene Diktatur des Proletariats sei bei seiner verhältnismäßigen Stärke übrigens ebenso berechtigt wie die verdeckte der kapitalistischen Demokratie. Gegen die kapitalistische Demokratie und den kapitalistischen Imperialismus müsse die Weltrevolution in Bewegung rückt und durch sie der Sieg des Sozialismus gesichert werden, wenn nötig, in einem Kriege ganz Europas gegen Westeuropa. — Das ist der Sinn des Buches, das sich durch konsequenten logischen Aufbau auszeichnet und dadurch zu einer recht genurreichen Lektüre wird. Wie haben jedoch den Ausgangspunkt der Logik des Verfassers für einen falschen und sehen mit seinem Schwanken die ganze lange Kette glänzender logischer Folgerungen fallen. Angenommen, er hätte mit seinen Behauptungen recht, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der Wähler — er meint, nur 1 Proz. — wirklich so viel politisches Verständnis hat, daß er bei der Wahl keinen Fehlschritt begeht, wie soll denn aber die Diktatur einer politischen so unreifen Masse gerechtfertigt werden? Der Verfasser meint natürlich, daß für die Massen ein paar wirklich politische Reife handeln sollten. Das wäre dann die Diktatur von ein paar politischen Machtsabern über das ganze Volk und also auch über das Proletariat. Und wer bürgte dafür, daß diese paar — selbst nur im Sinne des Proletariats — alles richtig machten? — Der Verfasser sagt, jeder Proletarier sei auf Grund seiner wirtschaftlichen Stellung Sozialdemokrat — wenn auch nicht bewußt. Wählt er trotzdem nicht sozialdemokratisch, so sei das nur die Folge des systematisch niedergehaltenen Wissensdranges. Das kann man bis zu einem gewissen Grade gelten lassen. Dann muß es aber doch leicht sein, durch Aufklärung den unbewußten Sozialdemokraten zu einem bewußten zu machen und sie alle zusammen dahin zu bringen, daß sie in demokratischer Weisheit den Sozialismus fordern, so daß er durch Gesetz eingeführt werden muß. Sind sie aber dem Sozialismus gegenüber so gleichgültig, daß sie bei Wahlen noch gegen ihn stimmen, so werden sie, wenn er ihnen durch Diktatur aufzuerzogen wird, vermutlich gegen ihn handeln, und dann wird der Verfasser vielleicht eine noch größere Enttäuschung erleben, als er bei der Wahl zur Deutschen Nationalver-

sammlung erlebte. Auch wir hoffen auf die Weltrevolution, doch nicht von der Diktatur, sondern von der Demokratie des Proletariats, und wir stimmen mit dem Verfasser darin überein, daß der Sozialismus in einzelnen Ländern nicht aufkommen und sich auf die Dauer nicht halten kann, wenn in anderen Ländern der kapitalistische Imperialismus seine Herrschaft fortsetzen kann.

Von der „Neuen Zeit“ enthält des 6. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs: Der deutsche Völkerverbund. Von Heinrich Cunow. — Streikrecht und Sozialismus. Von A. Knoll. — Zur Vorgeschichte des kommunistischen Manifests und der Arbeiterinternationale. Von Ernst Drahn. — Die Romane Walter von Molos. Von Joseph Nide. — Revolutionsliteratur. Versproben von Karl Vorländer. — Literarische Rundschau.

Der Sozialismus der Intellektuellen. Von Dr. Max Adler. 2. Auflage. Preis 2 Kr. Verlag Wiener Volksbuchhandlung Janak Brand, Wien VI. Die Broschüre muß für die Intellektuellen ein unfehlbarer Wegweiser zum Sozialismus werden; sie zeigt, daß es im wesentlichen die Kulturintellektuellen sind, die den Intellektuellen mit dem Sozialismus verbinden.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 18. Mai, ist der 20. Wochenbeitrag fällig.
Geschäftsführer-Besuch.
Für die Filiale Dresden wird zum möglich baldigen Antritt ein Geschäftsführer gesucht. Kollegen, welche mit dem Betriebsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftgeübten, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II, bis zum 24. Mai dieses Jahres einzureichen. Zeugnisse und berseligen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Betriebszugehörigkeit. Gehalt 1650 Mark pro Jahr, steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2300 Mk. Daneben wird eine Ortszulage von 240 Mk. pro Jahr gewährt. Außerdem kommt zurzeit eine Feuerungszulage von 210 Mk. pro Monat in Frage. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung.
Der Vorstand.
Adressenänderungen.
Gau Gessell. Hersfeld. V: Gottlieb Gerschl, Markt 13.
Gau Düsselb. Cronau. V und K: Adam Schielein, Mühlenmaße 46, I.
Gau Düsselb. Ham i. B. (Neu.) V: Fritz Endrusch, Schleppweg 7. K: Karl Meher, Uhländstr. 12.
Gau Düsselb. Langenberg i. Rhld. V: Walter Kamm, Weberstr. 9. K: Hans Ortman, Lohfuhstr. 42.
Gau Düsselb. Lobberich. V: G. Strüben, Rietherstr. 3.
Gau Eßraach. Grenzach. V: Alfred Arnold, Grenzachhorn, Wasler Str. 3. K: Jakob Kleiner, Grenzachhorn, Wasler Str. 3.
Gau Eßraach. Herbolzheim i. B. (Neu.) V: Albert Moog. K: Wilhelm Meiser.
Gau Stuttgart. Gauaffierer: Reinhold Bürger, Cannstatt, Sparrbäumlinweg 2.
Gau Stuttgart. Badnang. V: E. Mäpfer, Gartenstr. 95.
Gau Stuttgart. Bönnigheim. (Neu.) V: Wilhelm Etöhl jr.
Gau Stuttgart. Bräunlingen. V: Otto Springmann, Alimendshofen b. Donauwörthingern Nr. 105. K: Frau Maria Oberländer, Bräunlingen.
Gau Stuttgart. Kaiserslautern. V: Andreas Walthert.

K: Karl Bidteig, Reichswaldstraße 7.
Gau Stuttgart. Sindelfingen. K: Frau Pauline Rüdendrod, Grabenstr. 46.
Gau Stuttgart. Stuttgart. V: Hugo Rödel, Holzstr. 16, II.
Gau Augsburg. Schreheim bei Dillingen a. D. (Neu.) B: Eberhard Huber, Mühlbau 62.
Gau Oera. Halle. V: Paul Länger, Halle, Uhländstr. 11.
Gau Flauen. Bernstein a. Balb. (Neu.) V: Heinrich Thierhoff, Nr. 5. K: Heinrich Ramintha, Nr. 73.
Gau Flauen. Weisenstadt. V: Georg Schmidt, Schulfstr. 142. K: Johann Schmidt, Hellerstr. 12.
Gau Flauen. Zwida. Das Bureau befindet sich: Innere Schneeberger Str. 33. Tel. Nr. 2199.
Gau Flauen. Calbe. K: Frau Emma Wüstling, Schloßstraße 81.
Gau Berlin. Gleichen. (Neu.) V: Georg Krumm, Königswalde i. Neumark, Seidenfabrik. K: Paul Schalk, Gleichen.
Gau Berlin. Brihwald. V: Friedrich Adler, Gairholzweg 22. K: Otto Knorr, Rauenburger Tor 15.
Gau Berlin. Stettin. V: Hermann Schöpfer, Kronprinzenstraße 20.

Ortsverwaltungen.

Lobberich. Unterstützungen jeder Art werden nur Samstags (Sonabends), nachmittags von 5—6 Uhr, ausbezahlt.

Cotenliste.

Geforbene Mitglieder.
Augsburg. Eber Giel, Webmeister, 67 J., Schloganiaß, Altmeneu. Pauline Opitz, Weberin, 45 J., Herzkrankheit. Anna Leichmann, Ebererin, 62 J., Lungentzündung. Götting. Paul Steinert, Arbeiter, 40 J., Lungentzündung.
Samburg-Altona. Heinrich Praetorius, Kneppschläger, 64 J., Lebertrebs.
Langenbieten. Richard Hoffmann, Spinnereiarbeiter, 21 J., Lungentuberkulose.
Mittweida. Clemens Martin, Mäher, 64 J., Magenl. Gertr. Eabr. Spulerin, 21 J., Tuberkulose. Johanna Strebl, Weberin, 19 J., Grippe.
Flauen i. B. Richard Hans Kettel, Färbereiarbeiter, 20 J., Rückenmarkverletzung. Josef Ga. Dürbed, Sticker, 57 J., Nierenl. Gust. Wolf Reichel, Weber, 64 J., Weistestkrankheit. Thalheim i. Erzgeb. Gustab Selig, 58 J., Nervenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.
Gaiingen. Sonnabend, 24. Mai, abends 8 Uhr, bei Paul. Böhner. Freitag, 23. Mai.

Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen. Handbuch der Weberei mit Stoffmustern 11. 84,35. Weberei 10,15. Handbuch d. Schlichterei 13,60. Die Weberei 21,50. Die Webereimaschinen 15. Die Riggonen u. Streichgarnspinnerei 9,25. Die mechan. Baumwollspinnerei 10,75. Die Spinnerei 6. Textilmaterialehre 7,85. Die Kunstfäden 26,40. Mod. Färberei 26,70. Die Färbereipraktik 14,55. Färberei u. Weiberei 23,55. Färberei der Spinnfasern 5. Bleicherei baumwoll. Gewebe 61,35. Lohnberechner 2. Medienhelfer 4,25. Handbuch für Kaufleute 13,50. 10 000 Recepte und Verfahren zur Herstellung chemischer und technischer Artikel 46,20. Gegen Nachnahme v. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung. Berlin 373 C. Amnestr. 24.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 17. Mai

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlicher Redakteur Paul Wegener. — Druck: Rommerts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.